

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Bundespräsident Herzog in China

Der deutsche Bundespräsident besuchte die VR China vom 18. bis 24. November 1996. Einzelheiten dazu im Thema dieses Hefts.

Der Besuch Herzogs erfolgt in einem Zusammenhang, den der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ, 19.11.96) mit einer Dreierkonstellation charakterisiert: "Rußland, Deutschland und die USA erweisen China die Referenz: Das 'Zentrum der Welt' empfängt hohe Besucher." Innerhalb von nur einer Woche kämen fast zeitgleich der russische und der amerikanische Außenminister sowie der deutsche Bundespräsident nach Beijing. -we-

*(2)

Empörung Chinas über das Abstimmungsverhalten der USA bei der Wahl des UNO-Generalsekretärs

Am 19. November hatten die 15 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats über den von Ägypten und anderen Staaten eingebrachten Resolutionsentwurf zu entscheiden, ob Butros Butros Ghali für eine weitere Amtsperiode zum Generalsekretär der UNO bestimmt werden sollte. China hatte von vorneherein klargemacht, daß es sich für eine solche Lösung einsetzen wolle (XNA, 19.11.96).

Am Schluß waren 14 Mitglieder für und nur eine einzige Stimme (nämlich diejenige Washingtons) gegen den amtierenden Generalsekretär.

China zeigte sich über dieses Verhalten der USA empört. Alle fünf Vorgänger Ghalis hatten eine Chance für eine zweite Amtsperiode erhalten. Warum sollte es diesmal anders sein?

Der von den USA vorgeschobene Grund mangelnden Reformwillens sei unhaltbar. Unter Ghali sei der Perso-

nalbestand des Sekretariats um 10% gekürzt und gleichwohl das Arbeitsvolumen beträchtlich erhöht worden.

Die wahren Gründe seien vielmehr darin zu sehen, daß Ghali erstens den Anweisungen der USA nicht immer Folge geleistet habe und daß der UNO-Generalsekretär darüber hinaus bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Demokraten von Präsident Clinton zum Sündenbock abgestempelt worden sei.

Nicht zuletzt habe Ghali immer wieder auf Zahlung rückständiger Beiträge gedrängt und sei damit den säumigen USA lästig geworden. Er habe auch auf eine Lösung des Armut- und Schuldenproblems in Afrika hinwirken wollen, habe sich im Bosnienkonflikt auf Konfrontationskurs zu den USA begeben und habe sich auch sonst stärker für Probleme der Entwicklungsländer eingesetzt als es Washington lieb gewesen sei.

Das Verhalten der USA sei wieder einmal typisch - Washington gegen den Rest der Welt!

Auch sonst bezögen die USA eine merkwürdige Abseithaltung, die sie allerdings kraft ihres Vetorechts immer wieder durchsetzen könnten. So trete beispielsweise die EU für eine baldige Aufnahme Chinas in die WTO ein, die ohne Chinas Präsenz unvollständig sei. Nach wie vor aber legten sich die USA hier quer. -we-

*(3)

Eine neue Ära im amerikanisch-chinesischen Verhältnis?

Nachdem es wegen Meinungsverschiedenheiten in der Menschenrechts-, in der Taiwan-, in der Patent- und in der WTO-Frage immer wieder zu Zerwürfnissen zwischen Washington und Beijing gekommen war, scheinen beide Seiten mittlerweile zu einer "Normalisierung" der Kontakte zurückzukehren. Bereits bei Antritt seiner zweiten Amtsperiode hatte Clinton erkennen lassen, daß China künftig einen der Schwerpunkte seiner Außenpolitik bilden solle.

Einen Anlaß, Vorsätze solcher Art in die Tat umzusetzen, bot das Treffen zwischen Clinton und Jiang Zemin am Rande der APEC-Konferenz in Manila am 24. November 1996. Seit 1993 sind die beiden Politiker damit bereits zum vierten Mal zusammengetroffen - erneut ein Beweis für die wachsende Bedeutung der APEC - zumindest als Kontaktforum.

Während der Besprechung wurde vereinbart, daß beide Seiten 1997 und 1998 gegenseitig Staatsbesuche durchführen sollten. US-Vizepräsident Al Gore solle bereits Anfang 1997 nach China kommen.

Vorbereitet worden war das Treffen zwischen Clinton und Jiang durch einen Kurzbesuch Außenminister Christophers in Beijing Mitte November.

Beim Treffen in Subic-Bay, das rund 80 km von Manila entfernt liegt, unterzeichneten die 18 APEC-Mitglieder den "Manila Action Plan", der weitere Liberalisierungsschritte der Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Jahre 2010 vorsieht. Die APEC besteht aus Australien, Brunei, Chile, China, Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Philippinen, der Republik Korea, Singapur, Thailand und den USA (XNA, 25.11.96).

Die Gespräche zwischen Jiang und Clinton wurden von chinesischer Seite als "konstruktiv" bezeichnet (XNA, 25.11.96). Schon vorher seien die Außenminister der beiden Staaten zu "konkreten Übereinstimmungen" in einigen wichtigeren Fragen gekommen: Erstens wollten beide Seiten reguläre Dialoge über Sicherheitsfragen, über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und über die Abrüstung abhalten. Zweitens wolle man bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie weiter zusammenarbeiten und drittens seien einige wichtige Punkte zu erörtern, bei denen die Taiwanfrage eine zentrale Rolle spiele (XNA, 21.11.96). Auf längere Sicht befürworteten die USA auch den Beitritt Chinas zur WTO.

Dem Verhältnis zwischen Clinton und Jiang war es bestimmt auch nicht abträglich, daß China bei der Präsidentenwahl in Washington seine Hoffnungen ganz offensichtlich auf Clinton gesetzt hatte. Jiang war denn auch einer der ersten, der Clinton zur Wiederwahl gratulierte (XNA, 7.11.96).

Liest man die zahlreichen Erklärungen und Kommentare zum Treffen zwischen Jiang und Clinton, ist man immer wieder über ihre Banalität erstaunt. Am Ende wird deutlich, daß Probleme zwischen beiden Seiten in den vergangenen Jahren offensichtlich künstlich aufgebaut worden waren und daß deshalb niemand über die nun offensichtlich definitive Renormalisierung besonders erstaunt ist. Die Menschenrechtsfrage wird vermutlich auch in Zukunft noch häufiger angesprochen werden - ebenso wie das beträchtliche Milliardendefizit, das die USA im Außenhandel mit der VR China hinnehmen müssen. Auch die alte Taiwanfrage dürfte ab und zu noch etwas Staub aufwirbeln. Sollte aber kein weiterer Tiananmen-"Zwischenfall" oder kein weiteres Militärmanöver gegen Taiwan stattfinden, so ist wohl auf lange Zeit Tauwetter angesagt. -we-

*(4)

Jiang Zemin in Indien

Auf einer der für chinesische Spitzenpolitiker mittlerweile so typisch gewordenen Paketreisen besuchte Jiang Zemin, beginnend mit dem 26. November, die Philippinen, sodann Indien, Pakistan und Nepal. In Indien hielt er sich drei Tage auf, nämlich vom 28. November bis 1. Dezember. Ob Zufall oder nicht: Der Besuch fiel auf den 34. Jahrestag der Beendigung des Grenzkriegs, den beide Seiten 1962 gegeneinander geführt hatten und in dessen Gefolge es zu einem jahrzehntelangen Stillstand des diplomatischen Verkehrs zwischen beiden asiatischen Riesen gekommen war.

Es dauerte fast 20 Jahre, ehe beide Seiten - beginnend ab Dezember 1981 - wieder Verhandlungen, und zwar auf Vizenaußenministerebene, aufnahmen (ausführlich zu den ersten Gesprächsrunden C.a., November 1983, Ü 3 und C.a., Mai 1988, Ü 5).

Bis gar der erste Ministerpräsident Indiens, nämlich Rajiv Gandhi, wieder einmal nach China kam, und zwar vom 17. bis 19. Dezember 1988, mußten gar 34 Jahre seit einem letzten Ereignis dieser Art vergehen.

Der Besuch Rajiv Gandhis ist auch aus heutiger Sicht ein Ereignis gewesen, das zu einem wirklichen Durchbruch zwischen beiden Seiten geführt hat, ohne daß es bisher allerdings zu einer Renormalisierung auf dem Niveau des Verhältnisses zwischen beiden Staaten wie zur Zeit Zhou Enlais und Nehrus gekommen wäre.

Zahlreiche Konflikte waren bis dahin zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens entstanden und z.T. wieder verfliegen, nämlich die fortdauernde indische Anlehnung an die Sowjetunion, die durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag von 1971 begründet worden war, ferner die bereits erwähnte Grenzfrage, desweiteren die langjährige Unterstützung von Guerillabewegungen in Nordostindien durch China, der Bau der Karakorumstraße durch die Chinesen, die pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die enge (angeblich antiindische) Zusammenarbeit Chinas mit einigen Nachbarstaaten Indiens, die "Annexion Sikkims" durch Indien und die diplomatische Anerkennung der (von Beijing abgelehnten) kambodschanischen Heng Samrin-Regierung durch Delhi im Juli 1980.

Hinzu kam eine Zeitlang noch die Befürchtung, daß der Einmarsch indischer Truppen (1987) in Sri Lanka auf eine Annexion des Inselstaats hinauslaufen könnte - eine Befürchtung, die sich durch den schmählichen Rückzug der indischen Truppen i.J. 1990 längst wieder verflüchtigt hat.

Hinzugekommen sind in der Zwischenzeit Besorgnisse über eine beiderseitige nukleare Aufrüstung sowie indische Befürchtungen über eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Myanmar, aufgrund deren die VRCh langfristig - via Myanmar - auch eine Macht im Indischen Ozean werden könnte (dazu ausführlich in C.a., Januar 1996, Ü 3, Mai 1993, Ü 2 und April 1994, Ü 2).

Wie ein Blick auf die oben aufgeführte Konfliktliste zeigt, unterliegen die Streitfragen einem ständigen Wechsel; die meisten davon haben sich längst wieder in Luft aufgelöst, vor allem das enge Bündnis zur "Sowjetunion".

Eine nach wie vor konstante - und bis heute ungelöste - Größe ist aber die alte Grenzfrage. Seit 1981 hat China den Indern bekanntlich immer wieder eine Paketlösung unterbreitet: China wolle den Indern Zugeständnisse im Ostsektor (Arunachal Pradesh) machen, wolle dafür aber im Gegenzug Souveränität über den gesamten Westsektor erhalten, wo die 1955 gebaute Straße von Xinjiang nach Tibet verläuft. Obwohl Indien bei einem solchen Tausch im Ostsektor eine Fläche gewänne, die fast fünfmal so groß ist wie der von China beanspruchte Westsektor, hat es sich bisher auf ein solches Tauschgeschäft nicht einlassen

wollen, da es das Territorium im Ostsektor ohnehin für indisches Territorium hält.

Es liegt auf der Hand, daß auch die Jiang Zemin-Visite an den fortbestehenden Grenzstreitigkeiten, am Konflikt um Myanmar und an dem zwischen beiden Seiten bestehenden Mißtrauen zur Nuklearfrage nichts ändern konnte.

Offensichtlich waren beide Seiten bemüht, nicht wieder neue Spannungen aufkommen zu lassen und deshalb das Positive in den gemeinsamen Beziehungen zu betonen.

Immer wieder betonten beide Seiten daher ihr gemeinsames Geburtsrecht für die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Begrüßenswert sei auch die Verbesserung des Gesprächsklimas bei den Verhandlungen um die mehr als 2.000 km lange gemeinsame Grenze. Beide Seiten müßten sich bemühen, Vertrauensbeziehungen herzustellen, die auch im 21. Jahrhundert noch vorhielten (XNA, 30.11.96). Immerhin seien beide Nachbarn und überdies die beiden größten Entwicklungsnationen der Welt (XNA, 29.11.96).

Am 29. November wurden vier Abkommen unterzeichnet: das eine bezieht sich auf "vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang der Kontrolllinie an der chinesisch-indischen Grenze". Die anderen drei Abkommen regeln den Hochseetransport und die Errichtung eines indischen Generalkonsulats nach dem 1. Juli 1997 in Hongkong; ein weiteres Abkommen regelt die gemeinsame Bekämpfung des Drogenschmuggels (XNA, 30.11.96).

Ständig gehe es weiter aufwärts in den beiderseitigen Beziehungen, heißt es, (XNA, 30.11.96) und man könne deshalb der Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert optimistisch entgegensehen.

Überschattet wurde der Besuch Jiangs durch hunderte von Tibetern, die in Delhi durch die Straßen paradierten und gegen den Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten protestierten.

Der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, lebt mit zusammen rund 100.000 Landsleuten in Dharamsala in Nordindien. Auch um das indische Engagement zugunsten Tibets hat es immer wieder chinesisch-indische Irritationen gegeben. Seit dem Besuch Rajiv Gandhis gehört jedoch die von Nehru begründete Argumentationslinie,

daß nämlich Tibet ein Bestandteil der VR China sei, wieder fest zum Erklärungsverhalten der indischen Regierung.

Ein weiterer großer Schritt war im September 1993 getan worden, als die beiden Nachbarn ein Grenzabkommen unterzeichneten, dessen Hauptinhalt darin bestand, daß beide Seiten die gegenwärtigen Kontrolllinien respektieren wollten. Eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen sollte diesen Status quo flankieren; so hatten beispielsweise beide Seiten ihre Streitkräfte entlang der Kontrolllinien auszudünnen, militärische Manöver in grenznahen Sicherheitszonen frühzeitig anzukündigen und Flüge über den umstrittenen Territorien zu vermeiden.

Außerdem wurde die "Joint Working Group on the Sino-Indian Boundary Question" eingerichtet, die auf der Ebene Stellvertretender Außenminister angesiedelt ist und für einen effizienteren Verlauf definitiver Grenzabmachungen sorgen soll (dazu C.a., September 1993, Ü 1).

Bis heute freilich ist es bei diesen Verhandlungen nicht so recht vorwärtsgelungen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens einmal ist das Trauma von 1962 immer noch so präsent, daß sich in der Lok Sabha keine Mehrheiten für eine solche Änderung gewinnen ließen, vor allem nicht, nachdem die Hindunationalisten Oberwasser bekommen haben und die Kongreßpartei durch die Wahlen von 1996 ihre bisher schmachlichste Niederlage erlitten hat. Zweitens aber spielen beim Grenzdisput auch Emotionen der Bevölkerung mit herein: Die Himalayagipfel sind nach indischer Tradition Sitze der Götter und die Flüsse die Quellen der Kultur. Auf diese heiligen Gebiete zu verzichten, liefe auf eine Verstümmelung des heiligen Leibs von Bharat mata, der Mutter Indiens, hinaus. -we-

Innenpolitik

*(5)

Aktivere Rolle der "Demokratischen Parteien" im politischen Konsultationsprozeß?

Die acht sogenannten "Demokratischen Parteien" der VR China haben im Dezember Plenarsitzungen ihrer Zentral-

komitees abgehalten: das Revolutionäre Komitee der Guomindang, der Demokratische Bund, die Demokratische Aufbauvereinigung, die Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans, die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, die Vereinigung zur Förderung der Demokratie, die Studiengesellschaft des 3. September und die Chinesische Volkswahlpartei.

Die Demokratische Aufbauvereinigung, die vom stellvertretenden Minister für die chemische Industrie (einem Absolventen der University of California in Los Angeles) angeführt wird und derzeit über nahezu 70.000 Mitglieder aus Industriekreisen verfügen soll, will sich besonders für die Realisierung der wirtschaftlichen Modernisierung einsetzen. (Xinhua, 13.12.1996). Die Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans versprach, sich 1997 besonders für die Einheit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße stark zu machen und Elemente zu bekämpfen, die für eine Unabhängigkeit Taiwans einträten. (Xinhua, 19.12.1997) Die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, die auf ihre "hochkarätigen" Mitglieder insbesondere aus technischer Intelligenz und Medizin hinweist, will durch Forschung und Beratung zur Lösung von Fragen des Bevölkerungswachstums, der Armutsbekämpfung, des Gesundheitssystems und des Umweltschutzes beitragen. (Xinhua, 13.12.1996) Die Vereinigung zur Förderung der Demokratie, die von einer Frau angeführt wird und derzeit 62.000 Mitglieder vornehmlich unter der Intelligenz haben soll, bekundete ihre Loyalität zur Führung der KPCh und nahm sich vor, die Teilnahme an den Staatsangelegenheiten zu verstärken. (Xinhua, 20.12.1997) Die Studiengesellschaft des 3. September, die ebenfalls auf ihren Einfluß unter der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz hinweist, vertiefte sich ins Studium der Dokumente, die auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees der KPCh verabschiedet wurden. (Xinhua, 16.12.1996) Die bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete Chinesische Volkswahlpartei, die insbesondere für die Pflege von Beziehungen zu Auslandschinesen zuständig ist, wies darauf hin, daß die Organisation allein 1996 12.500 Überseeschinesen und "Landsleute aus Taiwan, Hongkong und Macau" empfangen habe und aufgrund ihrer Kontakte rund 700 Mio. US\$ an ausländischen Investitionen für Projekte in China eingeworben hätte. (Xinhua, 19.12.1996) Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees ist immerhin zugleich stellvertretender Gouverneur in der Provinz Anhui.

Es handelt sich bei diesen Organisationen, die zusammen nur rund 400.000 Mitglieder vorweisen können (zum Vergleich KPCh: 57 Mio.), nicht im eigentlichen Sinne um Parteien, die mit der Kommunistischen Partei konkurrieren könnten. Vielmehr stellen sie der Kommunistischen Partei untergeordnete Konsultativorgane dar, die ausgewählte Bevölkerungsgruppen wie insbesondere die Intelligenz repräsentieren sollen.

Auf Initiative von Deng Xiaoping und Li Ruihuan (dieser ist im Ständigen Ausschuß des KP-Politbüros für die "Einheitsfront"-Politik gegenüber nichtkommunistischen Kräften zuständig) werden diese Organisationen in den letzten Jahren regelmäßig in den Konsultationsprozeß über Fragen der Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung einbezogen. Li Ruihuan versprach auf einem Empfang für neugewählte Vorsitzende der "Demokratischen Parteien", daß die Führung der KPCh "die Rolle der nichtkommunistischen Parteien stärker ins Spiel bringen" werde. (Xinhua, 17.12.1996)

Ein Professor für Verwaltungswissenschaft von der Universität Nanjing wies in einem Hongkonger Vortrag darauf hin, daß die "Demokratischen Parteien" allmählich ihre Rolle als dekorative, aber entbehrliche "politische Blumenvasen" ablegten: "Immer wenn neue politische Maßnahmenprogramme formuliert werden, sind diese politischen Parteien die ersten, die den Entwurf erhalten und Kommentare abgeben". Der Status dieser Organisationen werde durch die ausgezeichnete Qualifikation ihrer Mitglieder bestimmt. Verfahren der "demokratischen Konsultation" hätten sich nicht nur innerhalb der Kommunistischen Partei, sondern auch zwischen KPCh und den "Demokratischen Parteien" in den neunziger Jahren weiterentwickelt. (SCMP, 19.12.1996) -hei-

*(6)

Neue Erkenntnisse über das Wirtschaftsimperium der Volksbefreiungsarmee: "PLA Inc."

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) stellt mit ihren rund 15.000 bis 20.000 Unternehmen inzwischen den größten Wirtschaftskonzern der VR China dar. Zu diesem Ergebnis kommt Cheung Tai-ming, der heute in Hongkong für Kim Eng Securities arbeitet und sich bereits seit mehreren Jahren intensiv mit den unternehmerischen Aktivitäten der chinesischen Armee beschäftigt. Cheung wird in Kürze eine ausführliche Studie vorlegen. (SCMP, 16.12.1996)